

Inhaltsverzeichnis

Renate Künast

Ein Neuer Gesellschaftsvertrag – Bilanz nach 60 Jahren Grundgesetz	13
I. Einführung	13
II. Das Grundgesetz als Erfolgsgeschichte	13
1. Am Anfang steht die Menschenwürde	14
2. Das Grundgesetz als »lernende« Verfassung	15
III. Das Grundgesetz als Gesellschaftsvertrag	16
IV. Herausforderungen für das Grundgesetz im 21. Jahrhundert	18
1. Zum Begriff der Freiheit im Grundgesetz	18
a) Falsch verstandener Freiheitsbegriff	18
b) Entwicklung des Präventionsstaates in der Sicherheitspolitik	19
2. Zum Begriff der Verantwortung im Grundgesetz	20
3. Zum Begriff der Demokratie im Grundgesetz	22
V. Schluss: Das Grundgesetz und die Verfasstheit der Europäischen Union	23

Seyla Benhabib

Menschenwürde, Kosmopolitismus und Demokratie	24
I. Kosmopolitismus – ein kurzer historischer Überblick	27
II. Von der Weltbürgerschaft zum Weltbürgerrecht	31
1. Demokratische Iterationen	34
2. Der ökonomische Kosmopolitismus	35
III. Die Grenzen des demos	37

Brun-Otto Bryde

Wie viel Zukunft hat die Demokratie?	40
I. Mitwirkung aller	42
II. Gleiche Mitwirkung	43
III. Selbstbestimmung durch Gemeinschaftsentscheidungen	44
IV. Antworten	45

Jens Georg Reich

20 Jahre demokratische Revolution in Osteuropa: Die Revolution ist tot –
lebt die Demokratie?

49

Wolfgang Hoffmann-Riem

Sicherheit braucht Freiheit	54
I. Die ungeheure Macht des Nichtwissens	54
II. Legitimation durch Sicherheit, Freiheit, Gleichheit	56
III. Ermächtigungen für Tätigkeiten im Vorfeld von Gefahr und Verdacht	57
IV. Finanzkrise und des Problems des Nichtwissens	63
V. Ausblick	64

Christian Rath

Karlsruhe und der Einschüchterungseffekt – Praxis und Nutzen einer Argumentationsfigur des Bundesverfassungsgerichts	65
I. Kontexte und Dogmatik	66
1. Der Einschüchterungseffekt im gesellschaftlichen Diskurs	66
2. Der Einschüchterungseffekt im politischen Handeln	67
3. Der Einschüchterungseffekt im Privatleben	68
4. Terminologie	69
5. Dogmatik	69
II. Der Nutzen des Einschüchterungseffekts als Rechtsfigur	71
1. End-of-the-Pipe-Rechtsschutz	72
2. Unerfüllte Rhetorik	74
3. Erstaunliche Lücken	78
III. Schluss	79

Oliver Lepsius

»Volksvertreter fragen – die Regierung schweigt: Aushöhlung der parlamentarischen Kontrolle?«	81
I. Überblick über die Informationsrechte der Abgeordneten gegenüber der Bundesregierung	81
II. Verfassungsrechtliche Rechtspositionen	81
III. Grenzen des Informationsanspruches aus Art. 38 GG	83

IV. Spezialfragen	87
V. Abhilfe	91

Günter Frankenberg

Tiefflieger gegen Demonstranten	93
I. Problemlage	93
II. Stichworte zur Wehr- und Nostandsverfassung	94
III. Zur Logik und Aktualität der Trennungen	95
IV. Nachwort	97

Alexander Roßnagel

Die Zukunft informationeller Selbstbestimmung: Datenschutz ins Grundgesetz und Modernisierung des Datenschutzkonzepts	99
I. Herausforderungen für die informationelle Selbstbestimmung	99
1. Alte Herausforderungen	99
2. Neue Herausforderungen	101
II. Verfassungsrechtliche Regelung des Datenschutzes	102
1. Aufnahme in die Verfassung	103
2. Forderungen zur Aufnahme ins Grundgesetz	104
3. Vorschlag von Bündnis90/Die Grünen	104
III. Bewertung einer verfassungsrechtlichen Regelung	105
1. Rechtsdogmatik	105
2. Rechtskultur	107
3. Rechtspolitik	108
IV. Schutzkonzept für die informationelle Selbstbestimmung	110
1. Das Schutzkonzept des Datenschutzrechts	110
2. Überforderung des geltenden Schutzkonzepts	111
a) Transparenz	112
b) Zweckbindung	113
c) Erforderlichkeit und Datensparsamkeit	115
V. Ansätze zur Bewahrung informationeller Selbstbestimmung	116
1. Gestaltungs- und Verarbeitungsregeln	116
2. Datenschutz durch Technikgestaltung	117
3. Vorsorge für informationelle Selbstbestimmung	118
4. Technikgestalter als Regelungsadressaten	118
5. Anreize und Belohnungen	118
6. Institutionalisierte Grundrechtskontrolle	119
VI. Künftige Chancen der Selbstbestimmung	119

Sind die Barrieren gefallen? 15 Jahre Benachteiligungsverbot für Behinderte	120
<i>Christine Hohmann-Dennhardt</i>	
Gleichheit nur für Heteros? Keine Diskriminierung wegen der »sexuellen Identität«	125
I. Der historische Hintergrund. Von der Verfolgung über die Diskriminierung hin zu deren Überwindung	125
II. Begriffsverwirrung – oder wie man sich sprachlich einem heiklen Thema nähert.	126
III. Im Bermudadreieck von Art. 2, Art. 3 und Art. 6 GG – Zur verfassungsrechtlichen Ausgangssituation	127
IV. Supranationale Regelungen	129
V. Was bringt die Verankerung eines Diskriminierungsverbots wegen sexueller Identität in Art. 3 Abs. 3 GG?	130
<i>Margarete Schuler-Harms</i>	
Kinder in den Mittelpunkt – und ins Grundgesetz	133
I. Das »Kind« in der deutschen Verfassungsentwicklung	133
II. Verfassungspolitische Forderungen und Vorschläge	137
III. Gesellschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen	140
IV. Rahmensetzungen und Impulse der supra- und internationalen Verfassungsentwicklung	141
V. Kinder ins Grundgesetz?	143
VI. Zusammenfassung	146
<i>Ute Sacksofsky</i>	
Gleichheit in der neuen Vielfalt: Neuer Streit um Gleichberechtigung	147
I. Zum Nutzen von Gleichstellungsvorschriften	148
II. Zur Verfassungsreform von 1994	150
III. »Geschlechtsneutralität«	152
IV. Verfassungsrechtliche Absicherung sexueller Identität	154
V. »Frauen« als einheitliche Kategorie	155
VI. Gleichberechtigung von Frauen und Diskriminierungsverbote wegen anderer Merkmale	156

Komplexe Gleichheit: Ein neues Gleichheitskonzept für die vielfältige Republik 159

I.	Das AGG als Ausführungsgesetz zu Art. 3 Abs. 3 GG	160
1.	Diskriminierungsschutz als Do-it-yourself-Übung	161
2.	Mut zur Lücke: Das AGG und die öffentliche Gewalt	165
II.	Das grundgesetzliche Konzept der individuellen Chancengleichheit und die gesellschaftliche Realität	170
III.	Die Verfassungslogik einer Gleichheit in Vielfalt	173

Stefan Korioth

»Jeder nach seiner Façon«: Grundgesetz für die multireligiöse Gesellschaft	175	
I.	Einleitung	175
II.	Was ist und leben wir in einer multireligiösen Gesellschaft?	175
III.	Die zwei Säulen des grundgesetzlichen Religionsrechts	179
IV.	Ist eine Weiterentwicklung erforderlich?	183

Hilal Sezgin

Zur Gleichbehandlung der Religionen: Muslimische Glaubensgemeinschaften im deutschen Recht und in der Praxis	186
--	-----

Uwe Volkmann

Verfassung als Gerechtigkeitsordnung – Bausteine politischer und sozialer Solidarität im Grundgesetz	194	
I.	Der neue Stellenwert der Verfassung	194
II.	Der Gesellschaftsentwurf des Grundgesetzes	196
1.	Demokratie als gemeinschaftliches Unternehmen	197
2.	Gerechtigkeit als Zielwert	199
3.	Übergreifender Konsens und gemeinsames Gutes	201
III.	Mögliche Reformüberlegungen	203

Solidarität in einer Gesellschaft individueller Freiheit	207
--	-----

Martin Eifert

Der Verfassungsauftrag zu ökologisch nachhaltiger Politik	211
I. Rückblick: Die ökologische Einfärbung des Grundgesetzes	212
1. Die verfassungsrechtliche Abbildung der ökologischen Herausforderung	213
a) Der grundrechtliche Schutzauftrag als konstruktives Widerlager umweltgefährdenden Freiheitsgebrauchs	213
b) Das Staatsziel Umweltschutz als umfassende ökologische Verantwortung des Staates	215
c) Die Veränderungen in Demokratie- und Rechtsstaatlichkeit	216
2. Umweltschutz im Medium des Rechts ist vor allem Umweltverwaltungsrecht	217
II. Zwischenbilanz: Nachhaltige Politik als Auftrag und Möglichkeit	218
1. Umweltschutz im Grundgesetz statt Umweltstaat	218
2. Umweltschutz zwischen verfassungsrechtlicher Selbstbindung und demokratischer Gestaltung	218
III. Ausblick: Das Grundgesetz als Rahmen zukunftsgerichteter Umweltpolitik	218
1. Verfassungsrechtliche Offenheit für die instrumentelle Weiterentwicklung	219
2. Sicherung ökologischer Nachhaltigkeit als internationalisierter Auftrag	220
a) Greening the Treaty und europäisches ökologisches Verfassungsrecht	220
b) Grundgesetzliche Bindung auf internationaler Bühne	221
3. Prozedurale Pflichten zur nachhaltigen Selbstprogrammierung	222

Felix Ekardt

Grundgesetz und Nachhaltigkeit	224
I. Was meint Nachhaltigkeit? Kritik des Drei-Säulen-Modells	224
II. Nachhaltigkeit durch Grundrechtsinterpretation oder Staatszielinterpretation?	225
III. Wie sieht eine nachhaltige Freiheits- bzw. Grundrechtsinterpretation aus? Gegen die Idee nachrangiger und unbestimmter grundrechtlicher Schutzpflichten	226

IV. Grundrechte, Nachhaltigkeit und Demokratie	232
V. Grundrechtsanspruch auf Vorsorge?	235

Astrid Wallrabenstein

Grundgesetz und Europa	237
I. Einleitung: Das Grundgesetz wird 60 – ausgedient und aufs Altenteil geschoben?	237
II. Was sagt das Grundgesetz zum Lissabon-Vertrag?	238
1. Nichts so gut wie in Deutschland: Unzureichender Grundrechtsschutz in Europa?	239
a) Im Vertrag von Lissabon	239
b) Durch den EuGH	240
aa) EuGH-Urteil Schmidberger	241
bb) EuGH-Urteile Viking und Laval	241
cc) EuGH-Urteil Omega	242
dd) Fazit	243
2. Verletzt das Europäische Demokratiedefizit die deutsche Demokratie?	243
3. Garantiert das Grundgesetz die Staatlichkeit Deutschlands?	245
a) Verpflichtung der Europäischen Union auf föderative Grundsätze in Art. 23 Abs. 1 GG	246
b) Verpflichtung der Europäischen Union auf grundlegende Verfassungsprinzipien	246
4. Fazit	247
III. Schluss: Mit 60 noch rüstig und offen für Neues?	247

Günter Dworek, Tarik Tabbara und Michael Rahe

Tagungsbericht zum Kongress 60 Jahre Grundgesetz – Fundamente der Freiheit stärken	249
I. Ein Grundgesetz für das 21. Jahrhundert	249
II. Podiumsdiskussion: Demokratie für alle	250
III. Von Tieffliegern bis zu Tugendwächtern	251
1. »Wir sind das Volk!«	251
2. »Aushöhlung der parlamentarischen Kontrolle«	252
3. »Bundeswehr im Innern«	253
4. »Entgrenztes Strafrecht«	254
5. »Datenschutz ins Grundgesetz«	255
6. »Sind die Barrieren gefallen?«	255
7. »Gleichheit nur für Heteros?«	256

8. »Kinder ins Grundgesetz«	257
IV. Panel »Sicherheit braucht Freiheit«	258
V. Panel: Gleichberechtigung	259
VI. Panel: Multireligiöse Gesellschaft	260
VII. Panel: Verfassung als Gerechtigkeitsordnung	261
VIII. Panel: Ökologische Nachhaltigkeit	262
IX. Podiumsdiskussion: Überholt Europa das Grundgesetz?	263
X. Fazit	264
 Autorenverzeichnis	266